



Niederschrift

60. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 28.11.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21.4821:48 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Kai Weber	SPD	
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	bis 20.25 Uhr

zusätzliches Mitglied

Herr Georg Bittcher	DIE aNDERE	bis 20.02 Uhr
---------------------	------------	---------------

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	bis 21.42 Uhr
--------------------	-----------	---------------

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz	Behindertenbeirat	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	bis ca. 21.30 Uhr
Herr Rudi Wiggert	SPD	ab 18.09 Uhr

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 17/SVV/0604
Fraktion DIE LINKE
SBV (ff), FA
- 4.2 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken
Vorlage: 17/SVV/0715
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff), FA
- 4.3 Erneuerung des Straßenbeleuchtungskabels in Potsdam, Kartzow (OT Fahrland), (Dorfstraße und Im Winkel)
Vorlage: 17/SVV/0745
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
SBV (ff), KOUL, OBR Fahrland
- 4.4 Schulwegsicherheit Eiche
Vorlage: 17/SVV/0768
Fraktion CDU/ANW
OBR Eiche, B/Sp. (ff)
- 4.5 Schulwegsicherheit vor der Schiller Grundschule
Vorlage: 17/SVV/0796
Fraktionen CDU/ANW, SPD
B/Sp. (ff)
- 4.6 Wasserwanderrastplatz Alte Fahrt
Vorlage: 17/SVV/0771
Fraktionen CDU/ANW, SPD
KOUL, SBV (ff)
- 4.7 Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 in der Georg-Herrmann-Allee
Vorlage: 17/SVV/0774
Fraktionen SPD, CDU/ANW
- 4.8 Straßenbahn zu den Bahnhöfen Marquardt/ Satzkorn
Vorlage: 17/SVV/0776
Fraktion SPD
SBV (ff), KOUL, OBR Fahrland, Marquardt, Satzkorn
- 4.9 Bebauungsplan Nr. 146-1 "Nordwestseite Jungferensee", Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 17/SVV/0786
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.10 Alternative Dämmstoffe in der Bauwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0843
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL, WA KIS, SBV (ff)
- 4.11 Tempo 30 im Lerchensteig
Vorlage: 17/SVV/0793
Fraktion DIE aNDERE
- 4.12 Bebauungsplan Nr. 104 "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim", Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Auslegungsbeschluss, veränderte Priorisierung der Themen des Potsdamer Baulandmodells sowie Aufstellungs- und

Auslegungsbeschluss zur Flächennutzungsplan-Änderung "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim" (09/15)

Vorlage: 17/SVV/0847

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 4.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger"
- 4.13.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0826
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA, HA
- 4.13.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 10: Kurzstrecke" wieder 6 Stationen oder Fahrpreiserhöhung zurücknehmen
Vorlage: 17/SVV/0828
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA
- 4.13.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")
Vorlage: 17/SVV/0829
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
HA, K/W, FA
- 4.13.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Modellversuch: 1 Euro für 30-Minuten-Ticket im öffentlichen Nahverkehr in Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0833
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA, HA
- 4.13.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 13: Fachhochschule weiter nutzen durch Änderung der Bauleitplanung
Vorlage: 17/SVV/0834
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA
- 4.13.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 16 - Verkehrsentlastung durch Umgehungsstraße bzw. weiteren Havelübergang
Vorlage: 17/SVV/0837
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA, KOUL
- 4.13.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 17: Mehr Fahrradfreundlichkeit durch Weiterführung des Radverkehrskonzepts
Vorlage: 17/SVV/0838
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA
- 4.13.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20: Sportplatz Sandscholle in Babelsberg erhalten und ausbauen
Vorlage: 17/SVV/0841
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA, B/Sp., WA KIS

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information zur Umsetzung des Beschlusses 16/SVV/0162 "Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen in der Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.2 Bericht über den Umbau der Grünstraße - Wegfall von PKW-Stellplätzen
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.11.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 14.11.2017 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 3 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen dem Ausschussvorsitzenden vor:

- von Herrn Tom Sonntag zu TOP 4.3
- von Frau Kathleen Müller zu TOP 4.13.5

Gegen die Gewährung der Rederechte erfolgt kein Widerspruch.

Zur Tagesordnung bittet Herr Jäkel, den TOP 4.4 „Schulwegsicherheit Eiche“ nochmals zurückzustellen, da der Ortsbeirat sich noch nicht damit befasst habe. Frau Reimers kündigt einen Änderungsantrag zum TOP 4.10 an. Frau Hüneke bittet zum TOP 4.2 um Information zum Stand des Verfahrens.

Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben erfolgt ist und keine Rückfragen offen geblieben sind.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden

Vorlage: 17/SVV/0604

Fraktion DIE LINKE

SBV (ff), FA

Herr Lack bringt den Antrag ein. Intention des Antrages sei es, eine breitere politische Entscheidung treffen zu können, ob ein Grundstück von öffentlichem Interesse ist oder nicht. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen ein Gremium zu berufen.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erläutert, dass das Baugesetzbuch den Gemeinden ein Vorkaufsrecht einräumt, welches sie nicht allgemein, sondern bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen ausüben können. Aufgrund dieser gesetzlichen Vorschrift wird geprüft, ob die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ein Vorkaufsrecht hat und wenn, ob die engen Voraussetzungen dafür vorliegen. Erst dann tritt die Frage des öffentlichen Interesses auf. Von ca. 1000 Fällen im Jahr gibt es nur 50 Fälle, bei denen die Stadt ein Vorkaufsrecht habe. Die Erstellung eines Negativattestes ist ein absolut automatisierter Vorgang. In Umsetzung des Antrages wäre ein hohes Pensum (ca. 50 Fälle pro Sitzung) zu bewältigen und mindestens alle zwei Wochen die Zusammenkunft des Gremiums erforderlich, da für die Prüfung maximal ein Bearbeitungszeitraum von 3 Wochen zur Verfügung stehe. Von daher bittet Herr Goetzmann für die Einschätzung, ob ein Vorkaufsrecht vorliegt oder nicht um die Trennung von Verwaltungs- und Gremienarbeit.

Herr Goetzmann informiert, dass im Finanzausschuss der Antrag in folgender modifizierter Fassung eingebracht und zurückgestellt worden ist:

„Die der Landeshauptstadt Potsdam angebotenen Grundstücke, für die ein tatsächliches Vorkaufsrecht besteht, sollen einem geeigneten Gremium (z. B. dem Hauptausschuss) vorgestellt werden, so dass eine politische Beteiligung vor einer verwaltungsseitigen Entscheidung dazu herbeigeführt wird, ob es sich um ein Gebäude oder Grundstück von öffentlichem Interesse handelt.

Dazu hat der Oberbürgermeister bis Januar 2018 einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.“

Herr Goetzmann ergänzt, dass der in der Begründung des Antrages angesprochene Fall ein Fall sei, bei dem es kein Vorkaufsrecht gegeben habe. Die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Auf Rückfragen einzelner Ausschussmitglieder macht Herr Goetzmann aufmerksam, dass das Programm der Prüfung in Tagen getaktet ist, da bis hin zur wirksamen Ausübung des Vorkaufsrechtes nur 2 Monate zur Verfügung stehen. Diese Frist sei nicht verlängerbar.

Herr Jäkel unterbreitet den Vorschlag, die Informationen in der Fraktion zu besprechen und zu signalisieren, wenn der Antrag erneut auf die Tagesordnung gelangen soll.

Zu diesem Vorschlag erfolgt kein Widerspruch seitens der Ausschussmitglieder.

zu 4.2 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken

Vorlage: 17/SVV/0715

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff), FA

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und informiert, dass das Grundstück durch einen Grundstückstausch freigeworden ist. Mit dem Antrag wird das Anliegen verfolgt, die Dimensionen und die städtebauliche Qualität einzuhalten.

Herr Scheffler (Bereich Grundstücksmanagement) teilt mit, dass der Antrag im Finanzausschuss zurückgestellt worden sei, da sich der Gestaltungsrat erst am vergangenen Freitag damit befasst habe.

Herr Rubelt bestätigt die Information. Im Gestaltungsrat ist die städtebauliche Qualität angesprochen worden und es wurde die Empfehlung zur Umplanung gegeben, so dass eine nochmalige Befassung Anfang Februar 2018 im Gestaltungsrat erfolgen wird.

Frau Hüneke bittet den Antrag zurückzustellen, um den Planungs- und Diskussionsstand erläutert zu bekommen. Dies sollte vor der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (SBV) erfolgen.

Herr Rubelt unterbreitet den Vorschlag, erst einmal den neuen Stand des Vorhabens abzuwarten.

Frau Hüneke entgegnet, dass es bereits zum jetzigen Zeitpunkt hilfreich wäre, zu erfahren, was im Gestaltungsrat vorgestellt und welche Empfehlung gegeben worden ist. Dies könne in der Beratung, die vor der nächsten SBV-Ausschusssitzung stattfindet erfolgen (TOP 3 – Vorstellung von Bauvorhaben).

Frau Reimers spricht die Frage der Teilnahme an den Sitzungen des Gestaltungsrates an.

Herr Goetzmann erinnert, dass seitens des Gestaltungsrates das Anliegen einer breiten Beteiligung bestanden habe bzw. die Delegation zur Teilnahme an der nicht öffentlichen Sitzung des Gestaltungsrates. Dies sei ausdrücklich von der Stadtverordnetenversammlung (STVV), u.a. mit Verweis auf die zeitliche Beanspruchung, abgelehnt worden, so dass die Geschäftsordnung des Gestaltungsrates entsprechend angepasst worden sei. Wenn hier eine nochmalige Änderung gewünscht sei, dann könne diese vorbereitet werden.

Frau Reimers betont, dass es durchaus Interesse zur Teilnahme gebe, aber da man berufstätig ist, sei dies nicht immer zu schaffen.

Herr Rubelt informiert, dass es regelmäßig öffentliche Sitzungen des Gestaltungsrates gebe, bei der eine breite Beteiligung möglich und gewünscht sei. Jedoch müsse auch der Schutz der Bauherren berücksichtigt werden.

Herr Kirsch regt an, einen Weg zu finden, dass für Mitglieder des SBV-Ausschusses die Möglichkeit geschaffen wird daran teilzunehmen; sich über die Inhalte zu informieren und darüber Stillschweigen zu wahren.

Frau Hüneke macht aufmerksam, dass es sich hier um den Verkauf eines städtischen Grundstücks handelt.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen und die gewünschten Informationen in der Vorbereitungsrunde zu erhalten.

zu 4.3 Erneuerung des Straßenbeleuchtungskabels in Potsdam, Kartzow (OT Fahrland), (Dorfstraße und Im Winkel)

Vorlage: 17/SVV/0745

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
SBV (ff), KOUL, OBR Fahrland

Herr Sonntag (Anwohner) nimmt das gewährte Rederecht wahr. Er nimmt Bezug auf die Darstellung in der Beschlussvorlage und äußert, dass sich die Anwohner unverstanden fühlen. Er informiert, dass durch die Anwohner eine Eingabe eingereicht worden ist, in welcher die grundsätzliche Bereitschaft in einen gemeinsamen Dialog treten zu wollen erklärt wurde. Dies sei mit der Zielstellung erfolgt die kostengünstigste Variante zu finden. Die Darstellung in der Vorlage sei aus seiner Sicht sachlich nicht korrekt, da sie keine Prüfung kostengünstigerer Alternativen beinhaltet.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) informiert, dass in 2017 die Erneuerung des Straßenbeleuchtungskabels in Potsdam OT Kartzow (Kartzower Dorfstraße und Im Winkel) beabsichtigt worden ist. Sie führt aus, dass die vorhandene Straßenbeleuchtungsanlage im Jahr 2005 nach intensiver öffentlicher Diskussion als Interimsvariante errichtet worden ist und die Kosten

nicht auf die Anlieger umgelegt worden sind. Das vorhandene Freileitungskabel war als Übergangslösung, aber nicht als Endvariante geeignet. Seit 2014 liegt von der Stadtbeleuchtung Potsdam GmbH ein Zustandsbericht über die vorhandene Beleuchtungsanlage im OT Kartzow vor. In diesem Bericht wurde auf den schlechten Zustand der Kabel sowie die Standsicherheit der Maste in Verbindung mit der Verwendung von Freiluftkabeln (hohe Zugbelastungen) hingewiesen. Im Zuge der Gefahrenabwehr ist die Erneuerung des Straßenbeleuchtungskabels unabwendbar. Die Ausbaurkosten betragen nach Kostenangebot brutto ca. 68.290,00 € und verteilen sich auf folgende vier Verkehrsanlagen, die am Plan gezeigt werden:

- Verkehrsanlage (Kartzower Dorfstraße 1 bis Kartzower Dorfstraße 20)
- Verkehrsanlage (Im Winkel 19 bis Im Winkel 1)
- Verkehrsanlage (Im Winkel bis Fahrländer Chaussee)
- Verkehrsanlage (Im Winkel bis Fahrländer Chaussee)

Die Anliegerbeteiligung zu diesen vier Verkehrsanlagen gemäß dem Kommunalabgabengesetz (KAG) ist durchgeführt worden. Da sich die Mehrheit der Anlieger gegen die Baumaßnahme ausgesprochen hat, wurde entsprechend der Straßenbaubeitragssatzung die Angelegenheit zur Entscheidung an die STVV gegeben.

Auf Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder geht Frau Woiwode ein und stellt dar, dass der Einsatz von Erdkabeln den anerkannten Regeln der Technik entspreche. Anders bei einer Freiluftanlage, bei der die Kabel der Witterung und Naturgewalten ausgesetzt sind. Das dafür erforderliche Spezialkabel sowie die Montagematerialien sind sehr kostenintensiv. Hierzu müssten dickwandige Spezialmaste (inkl. Spezialfundamente) eingesetzt werden, die für die zusätzliche Belastung durch die Freiluftkabel ausgelegt sind. Die Maste sowie dessen Fundamente müssten von einem Statiker berechnet werden. Frau Woiwode informiert, dass kommunalrechtlich festgelegt worden ist, dass die Stadtbeleuchtung die Anlagen übernimmt. Dieser Beschluss ist vor Jahren gefasst worden. Die Arbeiten werden von der Stadtbeleuchtung in Eigenregie ausgeführt. Hinsichtlich der Nachvollziehbarkeit der Kosten verweist Frau Woiwode auf das Leistungsverzeichnis der Stadtbeleuchtung, welches eingesehen werden könne und wiederholt nochmals, dass es auch jetzt die Möglichkeit einer Freileitung gebe, jedoch sei diese um einiges teurer und damit eine Frage der Wirtschaftlichkeit.

Herr Jäkel berichtet aus dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL), dass die Frage gestellt worden sei, welche durchschnittliche Belastung auf jeden Anlieger zukommen würde. Diese belaufe sich auf 692 €. Jedoch gebe es in Härtefällen auch die Möglichkeit der Ratenzahlung bzw. Stundung. Der KOUL-Ausschuss hat mit 6/0/1 die Vorlage zur Beschlussfassung empfohlen. Der Ortsbeirat Fahrland habe sich komplett enthalten.

Herr Dau teilt mit, dass das Vorhaben, einschließlich der Kostenseite, im Ortsbeirat hinreichend durch die Verwaltung erklärt worden ist.

Frau Hüneke stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung.

Herr Tomczak spricht dafür und fragt, ob es Gespräche gegeben habe.

Herr Wartenberg informiert als Ortsvorsteher, dass man 2½ Stunden mit den Bürgern von Kartzow, den Fachleuten der Verwaltung und der Stadtbeleuchtung diskutiert habe. Aus seiner Sicht sei mehr Bürgerbeteiligung nicht möglich.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung wird mit 1/4/2 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das vorhandene Freileitungskabel der Straßenbeleuchtungsanlage in Kartzow (OT Fahrland) ist durch eine Erdverkabelung als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.4 Schulwegsicherheit Eiche

Vorlage: 17/SVV/0768

Fraktion CDU/ANW

OBR Eiche, B/Sp. (ff)

Zurückgestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.5 Schulwegsicherheit vor der Schiller Grundschule

Vorlage: 17/SVV/0796

Fraktionen CDU/ANW, SPD

B/Sp. (ff)

Herr Eichert bringt den Antrag ein und informiert, dass es trotz Einrichtung einer Tempo 30 – Begrenzung und eines Zebrastreifens kritische Situationen gebe. Mit dem Antrag wird das Anliegen der Eltern weitergegeben zu prüfen, wie dies vermieden werden könne.

Herr Wustrack (Untere Straßenverkehrsbehörde) informiert stellvertretend für den zuständigen Fachbereich Schule und Sport, dass seitens der Verwaltung empfohlen wird, dem Prüfauftrag zuzustimmen. Jedoch bedürfen die erforderlichen Prüfungen einige Zeit, so dass gebeten wird, die Terminstellung von Dezember 2017 auf Januar 2018 zu ändern.

Die Bitte wird von den Antragstellern (Herr Eichert, Frau Reimers) übernommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob die Schulwegsicherheit vor der Schiller Grundschule, Sternstraße 68, verbessert werden kann.

Dem Hauptausschuss ist bis ~~Dezember 2017~~ **Januar 2018** zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.6 Wasserwanderrastplatz Alte Fahrt

Vorlage: 17/SVV/0771

Fraktionen CDU/ANW, SPD

KOUL, SBV (ff)

Herr Eichert bringt den Antrag ein. Er informiert, dass im KOUL-Ausschuss die Umwandlung in einen Prüfauftrag erfolgt ist und gibt den Wortlaut wieder: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, ob bzw. in welchem Umfang** neben dem geplanten Neubau einer Anlegestelle für Wasserwanderer auf der zur Innenstadt zugewandten Seite an der Alten Fahrt auch Anlegestellen an der Freundschaftsinsel **für Paddler oder Kanuten mitgenutzt oder errichtet werden können** zu lassen.“

Die v.g. Fassung wird durch die Antragsteller übernommen.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) informiert, dass ein Wasserwanderrastplatz nicht zu genehmigen sei, da die Freundschaftsinsel eines gesonderten Schutzes bedarf. Sie informiert, dass die Verpachtung der Bootsvermietung ausgeschrieben werden soll und man sich mit dem neuen Mieter in Verbindung setzen könne, um für Wasserwanderer die Möglichkeit zu schaffen, anzulegen.

Herr Dau macht aufmerksam, dass es sich bei Wasserwanderern laut Gesetz um Paddler, Kanuten und Ruderbote handeln würde.

Herr Bittcher verweist auf den Antragstitel und betont, dass ein Wasserwanderrastplatz auch Übernachtungen beinhalten würde.

Herr Eichert antwortet, dass es nur um die Anlegestelle gehe.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, ob bzw. in welchem Umfang** neben dem geplanten Neubau einer Anlegestelle für Wasserwanderer auf der zur Innenstadt zugewandten Seite an der Alten Fahrt auch Anlegestellen an der Freundschaftsinsel **für Paddler oder Kanuten mitgenutzt oder errichtet werden können** zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.7 Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 30 in der Georg-Herrmann-Allee

Vorlage: 17/SVV/0774

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein und betont die Notwendigkeit für die gesamte Georg-Herrmann-Allee eine Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 festzulegen.

Herr Wustrack (Untere Straßenverkehrsbehörde) berichtet, dass es sich bei der Georg-Herrmann-Allee um eine rund 1800 Meter lange Erschließungsstraße mit der verkehrlichen Funktion einer Sammelstraße handelt. Sie unterteilt sich in drei Abschnitte, welche sich in Folge der angrenzenden Bebauungsstruktur sowie der teilweisen Führung der Straßenbahn auf einem besonderen Bahnkörper in Mittellage sehr voneinander unterscheiden. Aufgrund dieser Unterschiedlichkeit bei der Verkehrs- und Erschließungsfunktion bedarf die Klärung der Frage, ob und wie die Straße in ihrem gesamten Verlauf als Tempo-30-Zone ausgewiesen werden kann, einer intensiven bzw. detaillierten verkehrsplanerischen Betrachtung und Untersuchung.

Beachtenswert hierbei ist, dass der momentan im Fokus stehende Abschnitt zwischen Pappelallee und Kiepenheuerallee seinerzeit ausdrücklich nicht als Bestandteil einer Tempo-30-Zone konzipiert und in Folge mit Fertigstellung im Jahr 2000 baulich errichtet wurde. Zwischenzeitlich haben sich aber die auch für die Straßen- und Verkehrsplanung maßgeblichen verkehrsrechtlichen Vorschriften dahingehend verändert, dass nunmehr deutlich leichter und auch ohne besondere bauliche Voraussetzungen, wie gestaltete Eingangssituationen, Tempo-30-Zonen ausgewiesen werden dürfen. Dies hat jedoch maßgebliche

Auswirkungen auf bestehenden Radverkehrsanlagen und die Vorfahrtssituation an bestehenden Einmündungen und Kreuzungen.

Auf Basis dieser sich teilweise geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen, der derzeitigen und auch noch prognostizierten Verkehrsbelastung speziell resultierend aus den momentan in Entstehung befindlichen Wohnanlagen nördlich der Kiepenheuerallee und später auch im Bereich nördlich der Esplanade, gilt es, diese Parameter angemessen verkehrsplanerisch zu bewerten. Bestehende und auch beabsichtigte Festsetzungen in der verbindlichen Bauleitplanung müssen ebenfalls berücksichtigt bzw. angepasst werden.

Wegen der bestehenden Gleisanlage auf bzw. an dieser Straße ist hierbei auch der VIP sowie die Bahnaufsicht bzw. das Eisenbahnbundesamt angemessen im Verfahren zu beteiligen.

Diese umfassenden Untersuchungen können keinesfalls kurzfristig erfolgen bzw. abgeschlossen werden. Der Bereich Verkehrsentwicklung und der Bereich Verkehr und Technik werden die erforderlichen Untersuchungen zu Beginn des kommenden Jahres auslösen bzw. durchführen. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Juni 2018 vorliegen, so dass die Ergebnisse erst im Anschluss daran der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt werden können.

Herr Eichert erklärt für die Antragsteller, dass als neue Terminstellung Juli 2018 übernommen wird.

Herr Jäkel informiert, dass er dem Antrag aus praktischen Erfahrungen nicht zustimmen werde und verweist auf die Regelgeschwindigkeit in Deutschland von 50 Km/h. Die Geschwindigkeitsbegrenzung vor Kitas und Schulen sei sinnvoll, jedoch könne er dies für die 1,8 km lange Straße nicht nachvollziehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und ggf. mit welchen Folgen die Geschwindigkeitsbegrenzung „Tempo 30“ auf die gesamte Georg-Herrmann-Allee in Bornstedt ausgedehnt werden kann. Dafür nötige verkehrsplanerische bzw. konzeptionelle Voraussetzungen sind unter den Fachkollegen im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr abzustimmen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **Juli** 2018 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.8 Straßenbahn zu den Bahnhöfen Marquardt/ Satzkorn

Vorlage: 17/SVV/0776

Fraktion SPD

SBV (ff), KOUL, OBR Fahrland, Marquardt, Satzkorn

Herr Weber bringt den Antrag ein. Die Prüfung sei bereits jetzt sinnvoll, da die Planung für eine Straßenbahnlinie mehr als 10 Jahre beansprucht.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) macht deutlich, dass die Betrachtung von Streckennetzerweiterungen grundsätzlich immer im gesamten Kontext des ÖPNV-Angebots erfolgen müsse, um hier auch unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Rahmenbedingungen eine Finanzierungsgrundlage für eine optimale Nahverkehrsanbindung zu schaffen. Diese umfänglichen Verkehrsanalysen erfolgen längerfristig im Rahmen der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr und mittelfristig bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes, welcher die Grundlage für die zu erbringenden Leistungen im Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrag bildet.

Die Informationen von Herrn Niehoff aufgreifend und nach Äußerungen mehrerer Ausschussmitglieder bittet Herr Weber den ersten Satz um folgende Worte zu ergänzen: „im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes“.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes** die Machbarkeit einer Straßenbahnverbindung von Fahrland zum Bahnhof Marquardt und zu einem wieder zu eröffnenden Bahnhof Satzkorn als Verlängerung einer Straßenbahntrasse Jungfernsee – Krampnitz – Fahrland zu prüfen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2018 über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 4.9 Bebauungsplan Nr. 146-1 "Nordwestseite Jungfernsee", Abwägung und Satzungsbeschluss

Vorlage: 17/SVV/0786

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Sie erinnert, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im April 2017 die Teilung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 146 „Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs in die Teilbereiche Bebauungsplan Nr. 146-1 „Nordwestseite Jungfernsee“ und Bebauungsplan Nr. 146-2 „Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ beschlossen sowie den Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 146-1 Nordwestseite Jungfernsee“ gefasst sowie dem städtebaulichen Vertrag zugestimmt habe.

Ziel der Planung ist die Realisierung einer privaten Steganlage (Tiefe 73 m und Breite etwa 63 m) mit einem Anlegebereich für ein Fahrgastschiff sowie Liegeplätze für Freizeitboote und Wasserwanderer sowie der Ausschluss weiterer Steganlagen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes.

Zur Umsetzung der Planung wurde ein Städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. In diesem Vertrag werden die Herstellung und Nutzung der privaten Sammelsteganlage, Artenschutzmaßnahmen, interne und externe Ausgleichsmaßnahmen sowie entsprechende Sicherheitsleistungen vereinbart. Mit dem Auslegungsbeschluss wurde dem städtebaulichen Vertrag zugestimmt.

Die öffentliche Beteiligung habe lediglich eine Stellungnahme hervorgebracht. Hierin wurde eine mögliche Beeinträchtigung der Fischbestände durch das Projekt benannt. Da mit dem Beschluss dieses Projektes die Errichtung weiterer Steganlagen ausgeschlossen werde und mögliche Nachteile für den Fischbestand dadurch eingegrenzt würden, empfiehlt die Verwaltung, keine Änderungen an der Planung vorzunehmen. Die Behördenbeteiligung (durch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten [SPSG] und die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes) ergab durch letztere keine Beanstandung. Die SPSG kritisiert durch die Steganlage beeinträchtigte Sichtbeziehungen. Eine daraufhin vorgenommene Simulation (wird von Frau Holtkamp gezeigt) habe ergeben, dass Sichtbeziehungen durch die Steganlage sowie dort anliegender Schiffe nicht beeinträchtigt würden.

Herr Jäkel informiert, dass der KOUL-Ausschuss mit 4/1/2 positiv votiert habe.

Auf Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder geht Frau Holtkamp ein.

Frau Reimers spricht die technische Ausfertigung der Drucksache/Unterlagen an. Wünschenswert wäre es, wenn auf den Plänen nicht nur das Gebiet des betreffenden Bebauungsplanes selbst dargestellt würde, sondern auch die angrenzenden Bebauungspläne erkennbar wären. Erst so könne man sich einen Überblick verschaffen, was es im Umfeld an Festsetzungen gebe. Im Internet könne man zwar eine Gesamtübersicht über alle Bebauungspläne einsehen, jedoch sei die Darstellung zu klein, um konkrete Festsetzungen erkennen zu können.

Frau Hüneke unterstützt diese Bitte.

Herr Rubelt sichert zu, jeder Fraktion einen Übersichtsplan zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 146-1 "Nordwestseite Jungfernsee" entschieden (gemäß Anlagen 2A und 2B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 146-1 "Nordwestseite Jungfernsee" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 3 und 4).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.10 Alternative Dämmstoffe in der Bauwirtschaft

Vorlage: 17/SVV/0843

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL, WA KIS, SBV (ff)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Frau Reimers bringt folgenden Änderungsantrag ein.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Einsatz ~~alternativer Dämmstoffe~~ **von Dämmstoffen, die durch die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) zertifiziert sind**, bei Hochbaumaßnahmen der städtischen Unternehmen (ProPotsdam und Kommunalen Immobilien Service) prüfen zu lassen. Hierbei sind auch in Frage kommende Bestandssanierungen einzubeziehen. Die Prüfung ist nicht nur auf ihre Kostenrelevanz sondern auch auf ~~ihre brandschutztechnischen~~ und umweltrelevanten Aspekte durchzuführen. In die Prüfung ist auch eine Lebenszyklusbetrachtung der z.Zt. verwandten Dämmstoffe sowie alternativer Dämmstoffe (wie z.B. Mineralwolle oder ~~Hanf~~ **Holzfaserdämmung**) einzubeziehen, unter besonderer Berücksichtigung der entstehenden Kosten bei Rückbau und Entsorgung.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im 1. Halbjahr 2018 Bericht zu erstatten.“

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service - KIS) macht aufmerksam, dass der Lebenszyklus aufgrund fehlender Erfahrungen sowie Kosten alternativer Dämmstoffe nicht verlässlich einzuschätzen sei. Eine fundierte Berechnung

seitens des KIS sei dadurch nicht möglich. Auch ist derzeit nicht bekannt, welche Entsorgungstechnologien oder Vorschriften es später gibt, so dass keine seriöse Einschätzung vorgenommen werden könne. Er bittet den Antrag abzulehnen, da die Thematik eher etwas für eine wissenschaftliche Studie sei und dem KIS für wissenschaftliche Forschungsarbeiten die Kapazitäten fehlen.

Herr Nicke (Pro Potsdam GmbH) erläutert, dass bevorzugt mineralische Dämmstoffe, wie Mineralwolle, eingesetzt werden und man sich auch schon mit dem DGNB beschäftigt habe. Er schlägt vor, die Thematik im Aufsichtsrat anzusprechen.

Herr Eichert betont, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt.

Frau Hüneke spricht für den Antrag und bittet um zusammenfassende Ausführungen.

Herr Richter bittet um eine präzise erfüllbare Aufgabenstellung. Eine Aufstellung der Vor- und Nachteile wäre z. B. möglich, jedoch keine Lebenszyklusbetrachtung.

Herr Eichert stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung, um das Gespräch mit den städtischen Betrieben zu ermöglichen und die Aufgabenstellung zu klären.

Für den GO-Antrag spricht Herr Jäkel. Dagegen spricht niemand.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung wird 7/0/0 zugestimmt.

Die antragstellende Fraktion signalisiert, wenn der Antrag erneut im SBV-Ausschuss aufgerufen werden kann.

zu 4.11 Tempo 30 im Lerchensteig

Vorlage: 17/SVV/0793

Fraktion DIE aNDERE

Herr Bittcher bringt den Antrag ein. Da es im Lerchensteig keinen gesonderten Fuß- und Radweg gibt würde die Reduzierung der Geschwindigkeit eine Sicherheit bieten.

Herr Wustrack (Untere Straßenverkehrsbehörde) stellt dar, dass sämtliche Verkehrsbeschränkungen zwingend ein umfassendes Prüf- und Anhörungsverfahren unter Beteiligung verschiedener Fachbereiche der Stadtverwaltung und der Polizei erfordern, so dass die Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung frühestens im März 2018 erfolgen könne.

Herr Bittcher übernimmt den Hinweis und übernimmt die Änderung der Terminstellung auf März 2018.

Herr Eichert äußert, dass es besser wäre, den Ausbau eines Geh- und Radweges zu forcieren.

Herr Lack bestätigt, dass es notwendig sei an dieser Stelle etwas zu tun.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob in den Straßen Lerchensteig und Rückertstraße zwischen Schneiderweg und Marquardter Chaussee die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 begrenzt werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im ~~Januar~~ **März** 2018 über das Prüfergebnis informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.12 Bebauungsplan Nr. 104 "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim",
Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Auslegungsbeschluss,
veränderte Priorisierung der Themen des Potsdamer Baulandmodells
sowie Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur
Flächennutzungsplan-Änderung "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim"
(09/15)**

Vorlage: 17/SVV/0847

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Ziel der Planung ist die Entwicklung der Fläche zu einem innerstädtischen attraktiven Wohnstandort mit Gewerbe- und Dienstleistungsanteil zur Deckung eines hohen Wohnbedarfs sowie der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Bereich des ehemaligen Straßenbahndepots an der Heinrich-Mann-Allee soll im vorderen Bereich an der Straße eine Fläche für Büro und Dienstleistungen gesichert werden. Im dahinterliegenden Bereich ist Geschosswohnungsbau für ca. 750 Wohneinheiten vorgesehen. Die Haupterschließung des Plangebietes erfolgt über die Heinrich-Mann-Allee.

Anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) geht Frau Holtkamp detailliert auf die Inhalte ein und beantwortet gemeinsam mit Herrn Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung), Herrn Nicke (Pro Potsdam) und Herrn Richter (Kommunaler Immobilien Service)

Rückfragen zu folgenden Punkten

- Waldumwandlung (hier hat es sehr umfangreiche Abstimmungen mit der Forstbehörde gegeben)
- Mietpreis- und Belegungsbindung (richtet sich nach der Zweckbindungsfrist für die Förderung – zur Zeit 10 Jahre; bleibt auch anschließend im Eigentum der städtischen Gesellschaft)
- veränderte Priorisierung der Themen des Potsdamer Baulandmodells für diesen Bebauungsplan
- Änderung des räumlichen Geltungsbereiches
- Aufgabe von Alleen (das städtebauliche Konzept ist bei Erhalt nicht umsetzbar - hier wurde bereits der Kontakt mit Naturschutzverbänden gesucht)
- Fläche im Süden für Schulgarten und Sportfreiflächen

Herr Tomczak merkt an, dass es in diesem Geltungsbereich ehemals eine Zwangsarbeitersiedlung gegeben habe und bittet diesem Hinweis nachzugehen.

Frau Hüneke sieht zur Lage der Gebäude und zu den Alleen noch Gesprächsbedarf.

Herr Jäkel kündigt an mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird, da die Flächen mit der höchsten Wertigkeit des Naturbestandes für Schulflächen vorgesehen sind.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 104 "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim" ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (gemäß Anlage 2).
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 104 "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim" ist nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlagen 4 und 5).
3. Der veränderten Priorisierung der Themen des Potsdamer Baulandmodells für den Bebauungsplan Nr. 104 "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim" wird zugestimmt: Vorrang soll in diesem Gebiet die Schaffung von Mietpreis- und Belegungsbindungen haben.
4. Die Flächennutzungsplan-Änderung "Heinrich-Mann-

Allee/Kolonie Daheim" (09/15) ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB aufzustellen (siehe Anlage 6), der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

5. Der Entwurf der Flächennutzungsplan-Änderung "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim" (09/15) ist nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlage 6).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **2**

zu 4.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger"

**zu 4.13.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0826**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA, HA

Der Ausschussvorsitzende erinnert, dass für die Bewertung der Bürgerhaushaltsvorschläge folgende Kategorien vorgegeben worden sind:

- bei „Annahme“: Bitte die Deckungsquelle vermerken.
- bei „Prüfauftrag“: Welche offenen Fragen sollen geprüft werden?
- bei „Ablehnung“: Bitte den Grund der Ablehnung vermerken.
- bei „Bereits in Umsetzung“: Bitte den vorhergehenden SVV-Beschluss zur Umsetzung vermerken

Herr Dr. Naumann verweist auf das rechtliche Problem und macht aufmerksam, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ein komplexes Thema sei. Die Finanzierung ist von Rahmenbedingungen abhängig (gemeinsamer Verkehrsverbund Brandenburg). Er unterbreitet den Vorschlag, seine komplexe Ausarbeitung den Ausschussmitgliedern zur Beratung in den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Er empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Frau Hüneke regt die Prüfung im Zusammenhang mit dem Bürgerticket an.

Herr Eichert spricht für die Ablehnung des Antrages.

Frau Reimers schließt sich ihrem Vorredner an und verweist auf die in der Vorlage angeführte Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in der Landeshauptstadt Potsdam ist kostenlos.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	5
Stimmhaltung:	1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, den Bürgerhaushaltsvorschlag Nr. 8 „Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam abzulehnen.

zu 4.13.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 10: Kurzstrecke" wieder 6 Stationen oder Fahrpreiserhöhung zurücknehmen

Vorlage: 17/SVV/0828

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA

Herr Wiggert befürwortet den Antrag, da man mit 4 Stationen im Potsdamer Norden nicht weit kommt.

Herr Eichert äußert, dass der Potsdamer ÖPNV im Bundesvergleich ein gutes Angebot sei mit einem niedrigen Preis. Er spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Lack unterstützt den Antrag und befürchtet einen Verlust der Attraktivität des Kurtickets und damit weniger Nutzer.

Herr Weber verweist darauf, dass sich der Fahrpreis für Kurzstrecken nicht wie im Antrag angegeben von 1,40 auf 1,90 € erhöht habe, sondern auf 1,50 €. Auch er spricht sich gegen den Antrag aus, da diese Veränderung einen Ausgleich benötige und stattdessen andere Fahrten teurer würden.

Herr Schütt und Frau Reimers lehnen den Antrag ebenfalls ab.

Herr Jäkel befürwortet eine Wiedereinführung der Nutzung von 6 Stationen mit einem Kurticket.

Herr Dr. Naumann verweist auch hier auf die notwendige Kostendeckung und

bittet den Antrag abzulehnen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Fahrpreiserhöhung für eine Kurzstrecke der TRAM von 1,40 Euro auf 1,90 Euro wird zurück genommen. Das Kurzfahrticket gilt für 6 Stationen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt den Antrag 17/SVV/0828 Bürgerhaushaltsvorschlag Nr. 10: „Kurzstrecke wieder 6 Stationen oder Fahrpreiserhöhung zurücknehmen“ abzulehnen.

zu 4.13.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")

Vorlage: 17/SVV/0829

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
HA, K/W, FA

Herr Tomczak empfiehlt die Annahme dieses Antrages und macht aufmerksam, dass die Investition nicht durch die öffentliche Hand zu tragen ist.

Herr Jäkel unterstützt den Antrag.

Frau Hüneke erinnert an die Durchführung eines Workshop-Szenarios, welche in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden ist. Von daher sei der Antrag abzulehnen.

Frau Reimers schließt sich den Ausführungen von Frau Hüneke an, da das Ergebnis des Workshop-Szenarios offen sei.

Auch Herr Eichert hält den Antrag für überholt und bittet ihn abzulehnen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechenzentrum wird als Begegnungsort, Ideenschmiede, Zukunftslabor und Wirtschaftsfaktor am jetzigen Standort erhalten.

Notwendige Investitionen und deren Refinanzierung erfordern eine Nutzung des Hauses von mindestens 20 bis 25 Jahren.

Um diese wichtigen Schritte umsetzbar zu machen, ist die Aussetzung des bisherigen Sanierungsziels „Abriss“ notwendig.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt den Antrag 17/SVV/0829 Bürgerhaushalt Nr. 11 „Rechenzentrum langfristig sichern“ abzulehnen.

zu 4.13.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Modellversuch: 1 Euro für 30-Minuten-Ticket im öffentlichen Nahverkehr in Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0833

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA, HA

Herr Dr. Naumann erinnert an seine Ausführungen zu TOP 4.13.1 und bittet auch hier um Ablehnung.

Herr Jäkel und Herr Lack sprechen sich für die Umwandlung in einen Prüfauftrag aus.

Weitere Ausschussmitglieder plädieren für die Ablehnung.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen eines dreimonatigen Modellversuchs, die Einführung eines 30-Minuten-Tickets für den Preis von einem Euro im öffentlichen Nahverkehr zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt den Antrag 17/SVV/0833 Bürgerhaushaltsvorschlag Nr. 12 „Modellversuch: 1 Euro für 30-

Minuten-Ticket im öffentlichen Nahverkehr in Potsdam“ abzulehnen.

zu 4.13.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 13: Fachhochschule weiter nutzen durch Änderung der Bauleitplanung

Vorlage: 17/SVV/0834

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA

Frau Kathleen Müller nimmt ihr Rederecht wahr und spricht sich gegen den Abriss der Fachhochschule und des Hotels Mercure aus. Sie bittet die Entscheidung nochmals zu überdenken, um die Stadtmitte für die ganze Stadt mit Bereicherung vielfältiger Nutzungen erlebbar zu machen.

Herr Tomczak unterstützt den Antrag. Hier sei die Entwicklung eines gesellschaftlichen Zentrums für die gesamte Stadt möglich, so dass er die Einschätzung der LHP nicht teile.

Herr Schütt macht aufmerksam, dass die Diskussion bereits über Jahre währt und er den Antrag nicht zur Beschlussfassung empfehle.

Frau Reimers bestätigt, dass sich die Diskussion wiederhole und erinnert an die Beschlüsse, die in den letzten 20 Jahren gefasst worden sind. Von daher sei der Antrag abzulehnen.

Auch Herr Eichert empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Frau Hüneke erinnert ebenfalls an die Fülle der Dinge, die in den letzten 25 Jahren besprochen worden sind und spricht sich für die Ablehnung aus.

Herr Lack stimmt für den Antrag.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Bauleitplanung ist mit dem Ziel des Erhalts und der Weiternutzung des Gebäudes der Fachhochschule, des Staudenhofes und des Hotels Mercure zu ändern. Hierbei soll ein bürgernaher Diskussionsprozess mit Ideensammlung und eine Auswahl durch eine unabhängige Kommission erfolgen. Das entsprechende Bürgerbegehren sollte ernst genommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **2**

Ablehnung: 4
Stimmhaltung: 0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt den Antrag 17/SVV/0834 Bürgerhaushaltsvorschlag Nr. 13: „Fachhochschule weiter nutzen durch Änderung der Bauleitplanung“ abzulehnen.

zu 4.13.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 16 - Verkehrsentlastung durch Umgehungsstraße bzw. weiteren Havelübergang

Vorlage: 17/SVV/0837

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung FA, KOUL

Herr Jäkel berichtet aus dem KOUL-Ausschuss, in welchem der Antrag mit 5/0/2 als Prüfauftrag zur Beschlussfassung empfohlen worden ist:

„Die Forderung, „die Planungen für eine Umgehungsstraße (Havelspange - Dritter Havelübergang) auf der Grundlage bereits vorhandener Projektierungen zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs (B2 bis Wetzlarer Straße) wieder aufzunehmen“, im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr zu betrachten. „

Herr Jäkel bittet auch den SBV-Ausschuss dieser Empfehlung zu folgen.

Herr Dr. Naumann unterstützt den Antrag in der KOUL-Fassung.

Frau Hüneke spricht sich dagegen aus. Auch Umgehungsstraßen müssen angefahren werden, so dass Probleme auf den Zufahrtsstraßen zu erwarten sind. Eine erneute Prüfung sei nicht erforderlich.

Herr Weber, Herr Eichert und Herr Wiggert sprechen sich für die Fassung des KOUL-Ausschusses aus.

Der Ausschussvorsitzende stellt den in einen Prüfauftrag umgewandelten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt den geänderten Antrag 17/SVV/0837 Bürgerhaushaltsvorschlag Nr. 16 „Verkehrsentlastung durch Umgehungsstraße bzw. weiteren Havelübergang“ zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Forderung, „die Planungen für eine Umgehungsstraße (Havelspange - Dritter Havelübergang) auf der Grundlage bereits vorhandener Projektierungen zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs (B2 bis Wetzlarer Straße) sind wieder aufzunehmen“ ist im Rahmen der nächsten Fortschreibung des

Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr zu betrachten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.13.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 17: Mehr Fahrradfreundlichkeit durch Weiterführung des Radverkehrskonzepts

Vorlage: 17/SVV/0838

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA

Herr Jäkel schlägt auch hier die Umwandlung in einen Prüfauftrag vor.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt den geänderten Antrag 17/SVV/0838 Bürgerhaushaltsvorschlag Nr. 17 „Mehr Fahrradfreundlichkeit durch Weiterführung des Radverkehrskonzepts“ zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Radverkehrskonzept wird weitergeführt. **Dabei ist zu prüfen, wie und welche der folgenden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept umgesetzt werden können, sich bereits in der Umsetzung befinden oder nicht umgesetzt werden können.** Folgende ~~konkrete Maßnahmen sind dabei zu berücksichtigen:~~

- Ausbau von Fahrradschnellwegen
- Umbau des Radweges in der Pappelallee
- Fuß- und Radwegbrücke an der Speicherstadt
- Separater Radweg für die Amundsenstraße
- Breitere Radwege schaffen (bspw. in der Behlertstraße/Alleestraße, Am Neuen Garten)
- Gutenbergstraße zur Fahrradstraße machen
- Hegelallee als Radweg ausweisen
- Mehr Radstände schaffen und erkennbar herrenlose Räder entsorgen
- Keine Radwege auf Straßen
- Fahrradwege sicher gestalten
- Grüne Welle für Radfahrende
- Infokampagne „Sicherheit im Radverkehr“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.13.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20: Sportplatz Sandscholle in Babelsberg erhalten und ausbauen

Vorlage: 17/SVV/0841

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
FA, B/Sp., WA KIS

Herr Eichert erinnert an den Beschluss zum Schulneubau. Von daher sei der Antrag nicht umsetzbar, so lange kein anderer Schulstandort beschlossen wird.

Herr Rubelt gibt die Empfehlung, dies bei der Standortentscheidung zu prüfen.

Frau Reimers schließt sich der Empfehlung an.

Herr Eichert kündigt an, sich zu enthalten.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt den geänderten Antrag 17/SVV/0841 Bürgerhaushaltsvorschlag Nr. 20 „Sportplatz Sandscholle in Babelsberg erhalten und ausbauen“ zur Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Rahmen der Standortentscheidung zum Schulneubau ist der Bürgerhaushaltsvorschlag „Der Sportplatz Sandscholle in Babelsberg ist zu erhalten und auszubauen, dabei ist die Schaffung von zusätzlichen Trainingsflächen und Umkleidekabinen sowie die Installation einer Beleuchtung des Rasenplatzes zu berücksichtigen.“ **zu prüfen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Information zur Umsetzung des Beschlusses 16/SVV/0162
"Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen,
Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen in der
Landeshauptstadt Potsdam**

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Wustrack (Untere Straßenverkehrsbehörde) informiert über die Ausgangslage zum Beschluss 16/SVV/0162. Aufgrund der veränderten

straßenrechtlichen Voraussetzungen kann die positive Umsetzung bestätigt werden. Die konkreten Angaben werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 5.2 Bericht über den Umbau der Grünstraße - Wegfall von PKW-Stellplätzen
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) informiert, dass der Bebauungsplan Nr. 89 ohne weitere Einwände zur Beschlussfassung gekommen ist. Anhand einer Präsentation (wird der Niederschrift als Anlage beigefügt) geht sie näher auf die Ausgangslage und die beschlossenen Veränderungen ein. Diese Bebauungsplanänderung war in der 3. Öffentlichkeitsbeteiligung und es habe keine kritischen Hinweise gegeben. Neben der Öffentlichkeitsbeteiligung ist auch Stadtkontor vor Ort präsent. Die Straßenplanung ist im Jahr 2016 vorgenommen worden.

Verschiedene Ausschussmitglieder empfehlen künftig die Beteiligung der Betroffenen nicht nur über das Bebauungsplanverfahren vorzunehmen, sondern auch die direkte Information, z. B. über die Wohnungsgenossenschaft, zu kommunizieren.

Herr Rubelt bestätigt, dass die Kommunikation mit den Bürgern intensiv erfolge. Hier handelt es sich um ein Sanierungsgebiet und es wurde ein Bebauungsplan aufgestellt. Auch der Ausschuss hier habe als Gremium eine Funktion für die Bürger.

zu 6 Sonstiges

Keine.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift